

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Der Freiheit Weihnachtsbaum

Wie sich das Dunkel immer tiefer krallt
Ins Herz der Erde! Dämmerung flattere träge . . .
Weiß überflodet gleißt süßig nur der Wald
Und hier und da ein Stückchen Feld am Wege,
Dahinter ragt es drohend, groß und starr
Von Schloten. fauchend stöhnt ein Stampfgelärme,
Vor dem ersiebt das heisere Geschnarr
Tagmüder, schwarzbeschwingter Krähenchwärme

Doch was dahinten dämmerbraun versteckt
Im Dunst des Abends faucht und stampft mit Stöhnen,
Was grau und groß sich starr gen Himmel reckt,
Als wollte es das Leid der Welt verhöhnern —
Das ist die Wiege unf'res Zukunfts Glücks,
Ist unf're Quelle gold'ner Hoffnungsträume,
Das wird zur Richtsäul' alles Weltgeschicks,
Pflanzt ein die Menschheit ihre Freiheitsbäume.

Und dieser Freiheitsbäume dunkles Grün
Wird seine milden, würz'gen Düste hauchen
Rings um die Welt, wo ihren Takt zu Mühen
Und Qual die blanken Räder surr'n und fauchen.
Nacht dieser Tag, dann fällt von jeder Hand
Die harte Fessel: Nigend Knecht, noch freie!
Gleich sind sie Alle, rings im weiten Land:
Das wird des Tages feierliche Weihe!

Dann steht ein Baum in jedem ärmsten Haus,
Und golden strahlt von ihm das Licht der Kerzen.
Kein Sturm der Zeit löscht ihre Leuchten aus
Und tränkt das Leid der Nacht in bange Herzen!
Dann pocht das Glück an jede nied're Tür
Und teilt die Gaben, jedermann zu Willen —
Und lächelnd tritt Verheißung hin zu dir,
Um deiner Wünsche Sehnsucht zu erfüllen.

Vor dieser Menschheitsweihnachtsbäume Strahl
Wird alles Elend, aller Kummer schwinden.
Wer da gebeugt heut zieht in Not und Qual,
Der wird den Weg zu Sonnenhöhen finden —
Der wird mit eigner, schwielenharter Hand
Am Zukunftsbaume zünden an die Kerzen,
Dass er erstrahlt hoch über allem Land
Und seine Leuchte gießt in alle Herzen.

Ihr Alle, die Ihr frohnt, Ihr sollt das Haupt
Einst heben hoch zu diesem gold'nen Glänzen —
Ihr, denen Glück und Recht man roh geraubt,
Sollt eure Stirnen einst mit Rosen kränzen!
Strahlt unser Weihnachtsbaum im Kerzenschein,
Dann sinkt die Bängnis, sinkt die Erdentrübe —
Dann zieht in aller Leben leuchtend ein
Die Freiheit, Gleichheit und die Brudertiebe,

Weiß liegt die Welt. Von Flocken blinkt's umher.
Und immer tiefer wühlt die dunklen fänge
Die Finsternis ins Herz der Erde. Schwer
Verhallen fernher zitternd Glockenklänge.
Und Klang um Klang . . . bis ganz die Nacht sich legt.
Dann wird es still. fern holpert noch ein Karren.
Ein Wind setzt ein; der wimmert, weint und trägt
Aus dunklem Forst ein einsam' Krähen Schnarren . . .

Und auch das fauchen der Fabrik verstummt.
Und Licht um Licht ertösch in ihren Käumen.
Ein lehtes Pfeifen zischt, vom Dampf umsummt.
Die hohen Schlote stehen starr und träumen . . .
Und träumen ihrer Sehnsucht großen Traum,
Der Arbeit Traum: ein Jubeln, ein frohlocken.
Am grünen Weltenfreiheits-Weihnachtsbaum . . .
— Still: schwingen nicht im Winde Weiheglocken? —

Ludwig Lessen.

Weihnacht und Jahreswende.

Wieder einmal Jahreswende! Wenn die längste Nacht des Jahres vorüber ist, dann kommt die heilige Nacht. Feierlich läuten die Glocken das schönste aller Feste ein, das Weihnachtsfest, ein Fest der Freude, des stillen Friedens, der beglückenden Liebe. Nach kirchlicher Lehre gilt es der Feier der Geburt des Erlösers, der da nach alter Verheißung kommen sollte, die Welt vom Uebel zu befreien, ihr die Liebe und die Versöhnung zu bringen. Wohl vermögen wir uns nicht der Wundervorstellung hinzugeben, aus der dieses Fest entsprungen ist. Aber freudig bekennen wir uns zu der großen und erhabenen Idee, daß rein menschliches Denken und Empfinden es weicht. Wir fühlen uns als Glieder nicht nur einer Klasse und eines Volkes, sondern der ganzen Menschheit. Und unser Denken, Hoffen und Streben ist darauf gerichtet, die gewaltigen schneidenden Kontraste zu beseitigen, die zwischen der Humanitäts- und Gerechtigkeitsidee und der Wirklichkeit bestehen. Das vorchristliche Christentum mit seinem Dogmensystem und seinem Wunderglauben hat nicht vermocht, der Welt die Erlösung vom Uebel und die Versöhnung zu bringen. Die Herrschaft der rücksichtslosen Selbstsucht und des Hasses ist nicht überwunden, Not und Elend, Ungerechtigkeit und Unheil aller Art sind der Menschheit schlimmes Erbe geblieben, trotz all der großartigen Kulturfortschritte, die sie gemacht hat. Jeder dieser Fortschritte hat erkauft werden müssen mit einer Unsumme von Drangsalen und Leid. Noch zwingt die Macht des Mammon die unablässig schaffenden Massen der Arbeit; noch steht sich Reich und Arm gegenüber; noch gibt es Unterdrückte und Unterdrückte, Ausbeuter und Ausgebeutete, herrschende und beherrschte Klassen. Noch, und gewaltiger und erschütternder als je zuvor, vollzieht sich in jedem Kulturvolke der Klassenkampf; noch müssen die Millionen des Proletariats ringen um Recht, Freiheit, Wohlfahrt; noch lastet auf ihnen der alte Fluch. Und noch haben sich die „christlichen“ Völker nicht gefunden zu einer wahren menschlichen Gemeinschaft in Kultur und echter Humanität; noch bedrohen sie einander mit Krieg, mit Verwüstung und furchtbarem Massenmord; noch ist der Völkerfriede nur ein schöner Traum; noch, und ärger als jemals, zehrt die Kriegsfurcht und die stetige Kriegsbereitschaft, ein unablässiges Wetrüsten am Mark der Völker. Die Heils- und Liebeslehren der christlichen Religionen haben völlig versagt. Längst hat die Geschichte ihr Gottesurteil gesprochen über die Herrschaft theologischer Dogmen. Es gibt nur eine Liebe, die fähig ist, der Menschheit das ersehnte Ziel zu bringen. Das ist die dem Geiste der Freiheit und Gerechtigkeit angebotene Liebe, die sich für Veredelung, für geistige und sittliche Erhebung der Menschheit betätigt; die erlösen will vom Fluch des Mammonismus und jeglicher unterdrückender Gewalt; die sich in Erkenntnis und in unbewinglich gutem Willen offenbart.

In dieser Liebe, in diesem Geiste begreift sich das höchste Menschheitsideal, die Macht, die den Fortschritt zum Besseren verbürgt. Wohl uns, daß wir Teil haben an dem Hoffen, Streben und Kämpfen in dieser Liebe und in diesem Geiste! Stolz bekennen wir uns zum demokratischen Sozialismus, der dem Volke und der ganzen Menschheit die große Aufgabe der Selbsterlösung zuweist, der Befreiung vom Uebel durch eigene Kraft. Es ist das Erlösungs- Evangelium der Arbeiterklasse und es ist gerichtet auf das Glück der Allgemeinheit. Unter seinem Panier führen die aufgeklärten Massen des Proletariats aller Länder den Kampf gegen alle dem Fortschritt feindlichen Mächte und Gewalten. Wie stark diese auch sein mögen, so stark sind sie nicht, daß sie die Entwicklung, den Fortschritt zu einer höheren und gerechteren Neuordnung der menschlichen Gesellschaft zu hindern vermöchten. Slets hat ja das in, Macht und Gewalt verkörperte erworbene Recht die von ihm geschaffene Ordnung der Dinge als „unantastbar“ hingestellt und gegen den Fortschritt verteidigt. Und doch ist in Erinnerung gefallen jede derartige Ordnung, um einer neuen Platz zu machen. Auch die bestehende wird dem „Umsturz“ erliegen, d. h. dem neuen Werden weichen.

Die Menschheit kann nicht stille stehen, denn Stillstand wäre ihr Untergang. Vorwärts muß sie nach dem Gesetze der Notwendigkeit, das wirksam gewesen ist von Anbeginn der Kultur bis zu diesem Tage, und wirksam bleiben wird in alle Zukunft.

Mehr als von irgend einer der vergangenen Perioden gilt von der Gegenwart das Wort des griechischen Weisen: „Alles ist in Fluß“. Unter den Augen der lebenden Generation vollzieht sich ein gewaltiger, in seiner Art einzig dastehender Entwicklungsprozeß. Auf ihn muß sich das richtige Werkverständnis richten. Wir dürfen uns den Blick in die Zukunft nicht träben lassen durch all das Schlimme, auf das er trifft. Wie

allmächtig auch die Kräfte des Bösen sich gebärden und wie schmerzliches Leid sie auch der Menschheit zufügen — die Kräfte des Guten streiten wider sie mit stetig wachsendem Erfolge. Weil unser Weihnachtsgedanke der große Zeitgedanke ist, deshalb verbinden wir in ihm das Fest der Liebe mit dem Neujahrsfest, das jenem nach wenigen Tagen folgt. Weihnachts- und Neujahrsstimmung gehören zusammen. Des Juchens Licht und Wärme ist noch in uns, wenn des Jahres letzter Stundenschlag verklingt und ein neues Jahr beginnt. Weihnachtsgeist läutert unseren Blick, daß er rücksehend welle bei den Erfahrungen, die das ablaufende Jahr uns gebracht hat, wie daß er vorwärts dringe in das „Dunkel der Zukunft“.

Was hat das Jahr 1909 am Lose der Menschheit und uneres Volkes geändert, gebessert? Im allgemeinen hat der politische, der wirtschaftliche, der soziale Zustand, wie wir ihn bereits oben in seinen Grundzügen skizziert haben, keine Veränderung erfahren. Die gewaltigen kriegsdrohenden politischen Spannungen zwischen den Großmächten sind nicht geschwunden und sie können nicht schwinden, solange ihre Ursachen nicht beseitigt sind. Das Wetrüsten zu Lande und zu Wasser ist in unheimlicher Weise fortgesetzt worden. Aber aus dem Kern der Völkerverhaftungen heraus hat der kriegerische Geist keine Stärkung erfahren. In den arbeitenden Klassen aller Länder hat sich mehr und mehr die große Idee des Völkerrfriedens befestigt und verallgemeinert. Sie haben kein Interesse am Krieg; ihr Hoffen und Verlangen ist gerichtet auf den friedlichen Wettstreit der Nationen in Arbeit, Wissenschaft und Kunst, auf die solidarische Betätigung aller Völker in Werken der Kultur und Humanität.

In Deutschland haben die im Reichsparlament herrschenden Parteien dem Volke neue schwere Steuerlasten aufgebürdet, die vornehmlich für Meer, Flotte und Weltmachtspolitik Verwendung finden sollen. Es will in dieser Rücksicht nichts besagen, daß bei diesem unheilvollen Reichsfinanzreformspiel der Bülow'sche Block zusammengebrochen und sein Herr und Meister selbst gestürzt worden ist. Denn auch ohne dieses Ereignis, auch mit dem Block und Bülow, würde die Steigerung der Volksauswucherung durch neue indirekte Steuern erfolgt sein in demselben Maße wie ohne sie. Aber eine nicht zu unterschätzende gute Wirkung — hat die neue Verurteilung am Volkswohl gehabt: sie hat Millionen aufgerüttelt aus dumpfer Gleichgültigkeit; sie hat die Volksmassen empört gegen das herrschende System und zum ersten Nachdenken gebracht über ihr Schicksal. Dieser Wandel ist förmlich demonstrierend zutage getreten in den herrlichen Wahlsiegen der Sozialdemokratie, über die, wir in den letzten Monaten berichten konnten. Das ist offenbar gemorden: so, wie seither, will das deutsche Volk nicht mehr „regiert“ werden. Denn dies „Regiment“ ist das denkbar ungerechteste; es bedeutet Mißhandlung des Volkes, schwerste Schädigung seiner Interessen. Nichts natürlicher, als daß die solange getäuschten und mißhandelten Massen ihren Weg zur Sozialdemokratie nehmen, zu der Partei, die wie vorher, so auch im abgelaufenen Jahre mit äußerster Konsequenz und Entschiedenheit die Volksinteressen vertreten hat. Die Demokratisierung des Volksgeistes hat ganz ohne Zweifel außerordentliche Fortschritte gemacht.

Ginzunimmt, daß sich die freigeentwickelten Arbeiterorganisationen trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse als das starke und unerschütterliche Fundament der Arbeiterschaft für die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber dem Kapitalismus, der reaktionären Gewalten und Parteien erwiesen haben. War auch entsprechend den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen im Allgemeinen nicht viel zu erringen, so haben diese Organisationen dank der Macht, die sie gewonnen, viel behauptet und viele Schädigungen der Arbeiter verhütet. Ohne sie würde die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter viel schlechter sein, als sie durch die wirtschaftliche Krise und das System der steuerpolitischen Volksauswucherung gestaltet worden ist. Das müssen aber die Arbeiter selbst immer mehr erkennen und danach handeln, d. h. sich der Organisation zuzuwenden und unter allen Umständen an ihr festhalten; nichts, auch nicht Hunger und Elend, darf sie irre machen an der gewaltigen Macht der Solidarität, die gerade in kritischen und schweren Zeiten ihre höchste und letzte Betätigung finden muß.

Bei einem rückwärts gerichteten Blick auf das Jahr 1909 gemahnt uns das grandiose soziale Drama in Schweden ernst und gewichtig an die große Frage unserer Zeit. Wie die Staaten untereinander, so stehen

sich innerhalb der Staaten die Klassen sturmgepöppelt gegenüber. Immer gewaltiger werden die Kräfte, die sich auf beiden Seiten sammeln. Die Kapital — die Arbeit! Dort die unterdrückende Gewalt, hier die nach Licht und Luft ringende Kraft; dort die Macht des tyrannischen Goldes, hier die kulturbefruchtigen Menschenherzen; dort das Belagern in Unterdrückung und Ausbeutung, hier das stürmische Vordrängen nach Freiheit und Gleichberechtigung. In den Arbeitskämpfen rebelliert der lebendige Mensch gegen das Kapital, das nicht Werkzeug des Menschen sein, sondern den Menschen zu seinem Werkzeuge machen will. Der Arbeitskampf in Schweden zeigte uns die entwickeltste Form der modernen Arbeitskämpfe überhaupt, und so zeigte er uns die eigene Zukunft. Gegenüber einem solchen Kampfe versagt die statistische Aubrizierung von erfolgreich — teilweise erfolgreich — erfolglos — ein solcher Kampf hat seine eigenen Gesetze und erhebt seinen eigenen Wertmaßstab. Wir erkühnen uns nicht, ihn zu schulmeistern, wir beugen uns vor seiner Größe und sind auf die Lehren begierig, die erst die nächsten Jahre offenbaren werden. Jeder andere Standpunkt zu diesem hochbedeutenden Ereignis wäre unangemessen.

Von diesem Kampfe lenkt sich unser Blick unwillkürlich auf unser eigenes Kampffeld. Ist es nicht das gleiche, was uns, was die ganze deutsche Arbeiterschaft gegenwärtig bewegt: der Vorstoß des Kapitals gegen die vorwärtsdrängende Arbeiterbewegung? Das Unternehmertum steht lange schon mit wachsender Mut auf die erstarkende Gewerkschaftsbewegung. Es hat seine eigenen Organisationen ausdehnen und festigen können; jetzt glaubt es, die Zeit zu einer Schicksalswende sei gekommen. Nichts, soll es werden für die Gewerkschaftsbewegung. Der reaktionärste Flügel des Unternehmertums, zu dem auch jeder auch das Bauunternehmertum zu rechnen hat, will durch Einführung umfassendster Zwangsarbeitsmaßregeln die Arbeiterschaft ein Zoch auflegen, das sie zu Boden drücken und ihr Mut und Kraft zu weiterem Widerstand nehmen soll. Die letzten Wochen des Jahres waren vom Kampfeslärm um den Arbeitsnachweis erfüllt. Es war der Kampf der Meinungen, der Worte; das kommende Jahr wird den Kampf der realen Mächte sehen.

Das gilt ganz besonders für die Maurer-, für die Bauarbeiterchaft. Sie wird zuerst dazu berufen sein, gegen den Uebermut der Unternehmer anzutreten. Es wird eine große Sache sein, sich mit den Unternehmern über alle von ihnen aufgeworfenen Streitfragen auseinanderzusetzen; doch das Unternehmertum ist übel beraten, wenn es glaubt, die Frage nach dem Ausgange der Bewegung mit Rechenexempeln lösen zu können. Auch der Großstreik in Schweden hat alle Theorie und alle Rechenexempel über den Haufen gerannt.

Zum Schluß sei auch daran gedacht, die der Tod aus unseren Reihen riß. Manah alter Kollege, der lange Jahre für das heilige Recht der Arbeit gestritten hatte, wurde abberufen, weil seine Zeit erfüllt war. Aber auch manch kräftiger Mann fiel, auf der Höhe des Lebens stehend, einem frühen Tode zum Opfer, viele durch den Würgengel der Schwindsucht, manche aber auch durch jähen Unfall auf der Arbeit. Die Zahl der gestorbenen Verbandmitglieder geht auch in diesem Jahre in die Tausende. Wir erfüllen eine Ehrenpflicht, wenn wir ihrer am Jahreschlusse gedenken und wenn wir aus der langen Reihe ihrer Namen die Namen Johann Stantngl, Karl Schwarz und Johannes Efftinge nennen. Ihr Andenken in Ehren! Wir Lebenden aber scheiden von diesem Jahre in dem Bewußtsein, daß ihm ein neues folgt, das große, heilige Rechte an uns hat.

Von den Verhandlungen.

Zu den letzten Tagen haben bereits einige der örtlichen Verhandlungen stattgefunden.

In Düsseldorf waren am 17. Dezember die Arbeiter- und Unternehmervertreter von Rheinland und Westfalen zusammen, um den Plan für die örtlichen Verhandlungen festzustellen. Es handelte sich also um eine Vereinbarung, too und zu welcher Zeit die Verhandlungen für die verschiedenen Vertragsgebiete geführt werden sollten. Die Gewerkschaften hielten es für unmöglich die Verhandlungen zu differenzieren, sie waren gegen die gewaltsame Zusammenfassung der einzelnen Wirtschaftsgebiete, die an sich unnatürlich ist und von den Unternehmern nur als taktisches Manöver betrieben wird. Es hat keine sachliche Berechtigung, sich verschiedene Gebiete, wie das östliche Westfalen, das Münsterland, das Kohlenrevier, das bergische und das Siegerland, das Sölder Gebiet und andere es sind, unter einem gemeinsamen Vertrag zu pressen. Es läßt sich vielmehr sehr viel dagegen sagen. Eine solch gewaltsame Zusammenfassung ganz verschiedener gearteter Wirtschaftsgebiete, muß zu einer bedenklichen Überhäufung der besonderen örtlichen Bedürfnisse führen, muß eine Schablonisierung zeitigen, die aber auf dem Papier recht imponant aussehender mag, die aber in der Praxis, und besonders bei der Durchführung des Vertrages, Schmierigkeiten bringt. Die Unternehmer haben trotzdem auf einheitliche Verhandlungen für den ganzen Bereich ihrer rheinisch-westfälischen

Verbände bestanden. Ein einseitiges laitives Mandat... Die Arbeitervertreter haben das Verlangen der Unternehmer beharrlich zurückgewiesen...

Am 9. Dezember ist in Berlin für das Groß-Berliner Vertragsgebiet verhandelt worden. Der Verlauf der Verhandlungen ergibt sich aus dem Bericht der Unternehmerblätter...

Die Tarifverträge zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten und den Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter laufen am 31. März 1910 ab. Am 6. d. M. begannen nun die Verhandlungen über die Verlängerung des Vertrages mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern...

Ähnlich verlief die am nächsten Tage folgende erste Verhandlung mit der Organisation der Zimmerleute. Auch sie erklärten, Lohnforderungen noch nicht stellen zu können. Bei den Zimmerern ist die Sachlage insofern noch schwieriger, als sie für sich eine Reihe sehr einschneidender Änderungsanträge gestellt haben...

Diese Verhandlungen haben also trotz ihrem negativen Ausgang doch ein bemerkenswertes Ergebnis gehabt. Die Unternehmer lehnen Lohnherabsetzungen für die nächste Vertragsperiode ab. Das ist eine sehr wertvolle Bereicherung unserer Kenntnis von den Absichten der Unternehmer...

Wie steht es nun gegenwärtig mit der wirtschaftlichen Lage des Baugewerbes? Es kann doch unter urteilsfähigen Menschen gar kein Streit darüber aufkommen, daß die Bautätigkeit den Tiefstand, in den sie die Krise 1907/08 hineinschleuderte, seit dem Spätherbst dieses Jahres überwunden hat. Gewiß laboriert sie in manchen Gebieten noch immer, und auch in Berlin läßt sie noch manches zu wünschen übrig...

Die Rentabilitätsstatistik weist für Aktiengesellschaften im Baugewerbe für das Geschäftsjahr Oktober 1908/09 eine Steigerung der Dividende um 0,3 Pkt. nach, das ist doch eine Besserung, und zwar eine um so höher zu bewertende, als die Aktiengesellschaften der anderen Gewerbe und Industrien einen Rückgang der Dividende melden...

Table with 5 columns: Jahr, 1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, Oktober. Rows for 1907, 1908, 1909.

Die Kapitalisten wenden sich also in wachsender Zahl dem Baugewerbe zu, das ist ein Zeichen dafür, daß eine lebhaftere Bautätigkeit bevorsteht. Was soll also das Gemächere der Unternehmer über die wirtschaftliche Lage? Zudem handelt es sich, wie wir uns zu bemerken erlauben, ja wohl um die Festsetzung der Löhne für die folgenden Jahre; wenn es nach dem Willen der Unternehmer ginge, sogar um die Festsetzung der Löhne bis zum Jahre 1915...

Unmöglichkeit höherer Löhne wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage als trüben Schloß bewerten.

Die im Unternehmerverband „Interesse“ organisierten Bauunternehmer unterließen sich am 13. Dezember in Schleswig über die Tarifverhandlungen. Sie billigten die Änderungsanträge des Unternehmerbundes zum Vertragsmuster und nahmen eine Resolution an, in der sie geloben, den Direktoren der Bundesleitung „unbedingt Folge zu leisten, alle sich daraus ergebenden Konsequenzen auf sich zu nehmen und dementsprechend alle für eine eventuelle Ausperrung notwendigen Vorbereitungen zu treffen“.

Es ist recht bezeichnend, daß die schleswig-holsteinischen Unternehmer diese ihre Beschlüsse in aufdringlicher Weise in den Tageszeitungen publizieren lassen. Jedenfalls versprechen sie sich davon eine einschüchternde Wirkung auf die Arbeiter. Damit wären sie allerdings sehr auf dem Holzwege. Wir sind ihnen für ihre Offenherzigkeit sehr verbunden, denn etwas Aufrechterhaltung können wir gerade in Schleswig-Holstein gut gebrauchen. In der Resolution liegt das Zugeländnis, daß die „Direktoren der Bundesleitung“, von denen man leider nichts Näheres sagt, zum Kampfe führen. Denn wenn es heißt, sie wollen alle Konsequenzen der Direktoren auf sich nehmen und dementsprechend die Vorbereitungen zur Ausperrung treffen, so folgt daraus, daß die Unternehmer selbst auf dem Standpunkte stehen, daß die Haltung des Bundes zur Ausperrung treibt. Und diese zur Ausperrung treibende Haltung haben die Interessier ausdrücklich als „pöbelentsprechend“ anerkannt. Wir quittieren dankend über dieses Zugeländnis. Nun wird wohl bald auch die harmloseste Seele merken, welchem Ziele der Unternehmerbund zugreift.

Eigenartige Vorbereitungen zu den Verhandlungen treffen die Unternehmer in Reddinghausen. Uns wird berichtet, daß die Unternehmer den Maurern hetrographierte Listen folgenden Inhalts vorlegen:

Untergezeichnet erklären sich damit einverstanden, daß in dem abguschließenden Tarifvertrage die Arbeitszeit wie folgt festgesetzt wird:

- 10 Stunden Raum für Unterschriften. 11 Stunden Raum für Unterschriften.

Selbstverständlich haben die Kollegen die Unterschrift verweigert. Was die Reddinghäuser Unternehmer hier vornehmen, ist ein ganz elendes Manöver. Die Kollegen müssen solche Zumutungen nachdrücklich zurückweisen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Börsengerichte über einen drohenden Bergarbeiterstreik. Die Reformerte 1909. — Welche die Zunahme des Konsums. — Die diesjährige Weihnachtsfeier.

Noch immer geht man an der Börse mit Gerichten über einen drohenden Bergarbeiterstreik freiblich. Von welcher Seite diese Gerichte genährt werden, ist ja wohl schwer zu ermitteln. Man könnte höchstens fragen, wer hat wohl gegenwärtig ein Interesse daran, die Börse mit solchen Gerichten von Zeit zu Zeit zu beunruhigen? Geht es bloß zu dem Zweck, in die Aktienbesitzer zum Nutzen der Tages Spekulation einige Verlastigkeit zu bringen, oder möchte man die tatsächlich vorhandene Wärun unter den Bergarbeitern noch etwas schüren, indem man die Gefahr eines Streiks an die Wand malt? Jedenfalls dürften sich die Bergarbeiter aus ihrer Reserve nicht hervorladen lassen. Sie werden sich auf keinen Fall die Zeit des Kampfes von dritter Seite bestimmen lassen, sie werden sich nicht in einer Zeit zu einem Ausstände hinziehen lassen, der ihre sichere Niederlage voraussehen läßt. Wie wenig günstig in Sachkreisen die Lage des Kohlenmarktes noch beurteilt wird, das beweist der Beschluß des Rates des rheinisch-westfälischen Kohlen Syndikats, die jetzigen Richtpreise noch für das Jahr 1910/11 bestehen zu lassen. Wenn auch der Verbrauch von Kohle zweifellos wieder in kräftigem Anwachs begriffen ist, so sind doch nicht nur noch starke Vorräte vorhanden, sondern es bleibt auch die Förderfähigkeit der Bechen erheblich hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurück. Haben die Bergarbeiter seit 1905 Ruhe gehalten, so werden sie ihre Abrechnung auch wohl jetzt noch so lange zurückstellen können, bis der deutsche Kohlenmarkt wieder im Zeichen knapper Verknappung steht, was voraussichtlich 1911, längstens 1912 eintreten dürfte.

Wie heutzutage mit einer wahren Virtuosität die öffentliche Meinung von den Interessenten bearbeitet wird, und leider mit großem Erfolge, davon ist ein neuer schmerzender Beweis das Ergebnis der amtlichen Entscheidung. Mit großer Genugnung verknüpft die nämliche Presse, die vor Monaten das Kaufstreben durch die Wiedergabe der Stimmungsberichte der Interessenten kräftig unterstützt hat, ohne auch nur von den damaligen Einwänden Notiz zu nehmen, daß wir in Deutschland im Jahre 1909 eine Rekordernnte gehabt haben. Vor Monaten ängstigte man sich wegen einer völlig ungenügenden Ernte. Diese damaligen Alarmmeldungen und Stimmungsberichte sind aber nicht nur in der Handelspresse verbreitet worden, sondern die Bestürzungen wurden auch in der Arbeiterpresse geteilt. Alles gelaute an die kommende knappe Versorgung in Getreide. Kein Wunder, daß auf diesem so vorbereiteten Boden der Weizen der Saatzeit blühte und die Getreidepreise in einer Weise stiegen, die durch die Marktlage nicht im geringsten gerechtfertigt war. Die gesamte Bevölkerung mußte diese Hauste mit einer merkwürdigen Erhöhung der Mehl- und Brotpreise büßen, obwohl es für die wirtschaftliche Erholung zweifellos vorteilhafter gewesen wäre, wenn die Mehraufgaben für Brot und Mehl für den Verbrauch anderer Waren hätten verwendet werden können. Nunmehr im Dezember lassen wir uns ein Licht aufstellen über die wirkliche Höhe der Getreideernte, nachdem ein Teil der Ernte schon vom Handel günstig vermarktet werden konnte. Nunmehr darf nunmehr doch mit einer weiteren Ermäßigung der Preise gerechnet werden, und es wäre nur zu wünschen, daß gegenüber neuen Verlegen einer Preisstärkung, wie sie von Amerika schon angekündigt wurden, die öffentliche Meinung energig Front machen würde, mögen die alarmierenden Meldungen, an denen es ja bei dieser Gelegenheit nie fehlt, noch so prophetisch und beängstigend klingen.

Alle Widrigkeiten im laufenden Jahre haben ja glücklicherweise nicht verhindert, daß die Konsumkraft der Bevölkerung wieder im Steigen begriffen ist. Es zeigte sich dies ganz besonders während der Herbstmonate. Überall dort, wo die Bewegung der Kaufkraft im Detailverehr beobachtet werden kann, registrierte man eine bedeutende Zunahme der Umsätze. Fraglich blieb nur, ob die Zunahme der Umsätze auf der steigenden Zahl der Konsumenten, oder auf der größeren Kaufkraft der einzelnen Konsumenten beruhte, d. h. ob der Konsum nur extensiv oder auch intensiv gestiegen sei. Eine Reihe Konsumzeitschriften lassen ihre Ansicht dahin zusammenfassen, daß die Steigerung der Umsätze auf der größeren Zahl der Käufer beruhte. Mag man diese Frage ruhig unentschieden lassen, so hat jedenfalls die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahre schon wieder so zugenommen, daß zahlreiche Familien, die Anfang des Jahres arbeitslos waren, Beschäftigung und Verdienst erhielten, und so die Kaufkraft der Konsumenten bedeutend erhöht wurde. Auch ein Teil des Neuangebotes auf dem Arbeitsmarkt ist in Gewerbe und Handel aufgenommen worden, wie auch nicht zu verkennen ist, daß die Betriebsinsparungen mehr und mehr verlassen wurden und einer normalen Betätigung Platz machten. Alles das erklärt die Konsumzunahme der arbeitenden Bevölkerung in ausreichendem Maße. Bei den übrigen Schichten aber hat sich das Einkommen im laufenden Jahre gleichfalls wieder gehoben, so daß die Einschränkung der Ausgaben für Luxus und Komfort, die voriges Jahr zu beobachten war, nachlassen konnte. Ganz deutlich sieht man dies an der diesjährigen Beschäftigung in der Edelmetallwarenindustrie. Die Nachfrage nach diesen in der Hauptsache doch dem Luxus dienenden Waren hat im Laufe dieses Jahres stark zugenommen, so daß die Arbeitslosigkeit den ganzen Herbst hindurch als überaus reichlich charakterisiert wurde.

Unter der Einwirkung des besseren Konsums hat sich die Geschäftswelt schon frühzeitig auf eine flotte Weihnachtssaison vorbereitet. Und hier konnte man wohl manchmal den Einbruch gewinnen, ob nicht des Guten zu viel getan wurde. Die Industriezweige und Branchen, die für die Weihnachtssaison tätig sind, wurden schon vor Monaten mit Aufträgen bedacht, die ganz im Gegensatz zu den vorjährigen die Fabriken und Werkstätten voll beschäftigten. Immer mehr rechnete der Detailhandel mit einem recht lebhaften Weihnachtsgeschäft und sorgte rechtzeitig für eine starke Versorgung der Warenlager und Vorräte. Ob die Beurteilung der Situation richtig war, werden ja die nächsten Tage schon zeigen. Wir sind in die Periode eingetreten, in der die Kaufkraft sich in einer Weise entfaltet, wie in keinem zweiten Jahresabschnitt. Auf dem Arbeitsmarkt äußert sich diese Intensität des Warenverkehrs in einer äußerst starken Nachfrage nach Arbeitskräften im Handels- und Bergeschewerbe. Freilich, es handelt sich nur um wenige Wochen einer ausnahmsweisen Gunst; unmittelbar danach folgt der unermessliche Rückgang in Form von zahlreichen Entlassungen und länger dauernder Arbeitslosigkeit, die sich namentlich in den Großstädten für die weiblichen Arbeitskräfte sozial recht nachteilig äußert. Von den vor Weihnachten eingestellten Hilfskräften werden zahlreiche ständige Arbeiterinnen nach Weihnachten auf die Dauer verdrängt, entweder weil sie zu teuer oder nicht mehr leistungsfähig genug sind, oder weil sie aus irgend einem anderen Grunde zur Entlassung kommen sollen. So wird für sie Weihnachten eine kritische und vielleicht verhängnisvolle Zeit. Auch darf bei dieser Gelegenheit nicht verschwiegen werden, daß die überaus lange Ausdehnung der Geschäftszeit in den Tagen vor Weihnachten für die Angestellten und Arbeiter im Handels- und Bergeschewerbe eine recht bedenkliche Nebenwirkung des Weihnachtstreibens ist.

Berlin, 12. Dezember 1909. Rich. Galtner.

Politische Umschau.

Ereidigung der ersten Beratung des Etats im Reichstage. — Was für einen Anker geschäftliche Wahrheit ist. — Resultat der Beratung. — Die Besprechung der Arbeitsnachweis-Interpellationen. — Scharfkritische Reden von Börsenung und Raumann. — Keine Gifte von der Regierung.

Es ist eine alte Erfahrung; wenn die Zeiten vor der Tür stehen, so pflegt der Reichstag schneller zu arbeiten als sonst. So auch jetzt wieder. Die erste Beratung des Etats ist wider alles Erwarten schnell verlaufen. Sie hat nur vier Sitzungen in Anspruch genommen; am 13. Dezember ist sie beendet worden. Es kam noch zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Binten und dem schwarz-blauen Block. Ein Junker von echtem Schrot und Korn, Gans Edler Herr zu Rutlitz, unternahm es, den Angriff gegen die preussische Wahlrechtsreform zu richten, unter Berufung auf „all die Dinge, die geschäftlich geworden sind“. In dem Kopfe dieses Golen hat sich die fixe Idee festgesetzt, daß das preussische Volk alles „seinen Königen verbannt“. Und in ganz Deutschland überhaupt würden die „jezt leider von der Sozialdemokratie vertretenen Arbeiter ihr Brot nicht finden ohne die rastlose Tätigkeit der Hohenzollern“. Natürlich rief dieser groteske Unfuh stürmische Gelächter bei den Sozialdemokraten hervor, das sich noch steigerte, als der Gole seinem Unfuh die Krone aufsetzte mit der Bemerkung, „das sei die große Wahrheit, die die Geschichte lehrt“. Das magte ein Vertreter des Junkertums zu behaupten, das mit Unterstützung der preussischen Staatsgewalt, jahrhundertlang das arbeitende Volk ausgeplündert und ausgebeutet hat.

Außerordentlich wirkungsvoll wurde der junkerliche Redner von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Franz Mannheim abgeführt, der u. a. feststellte, daß das, was jener Herr als „geschichtliche Wahrheit“ hinstellte, nichts anderes ist als gräßliche Geschichtsfälschung.

die ja übrigens in Preußen wohl mehr noch als anderswärts in Deutschland ganz offiziell in den Schulen betrieben wird. Der sozialdemokratische Redner wies dann darauf hin, wie sich die Junker stets darauf verstanden haben, die „gange Blechnuß“ ihres Surrapatriotismus spielen zu lassen, so oft sie ein Attentat auf die Taten des deutschen Volkes unternahm. Ohne Zweifel hat die Junkerpartei stets ihre Meisterhaft im schlauesten Mißbrauch des Wortes „Patriotismus“ bewiesen. Grant unterzog dann noch das ganze herrschende System und die Haltung des neuen Reichskanzlers einer scharfen Kritik; seine Siebe trafen die schwarz-blauen Blodbrüder so schmerzhaft, daß die Ministerialen noch zwei Redner, die Herren Lehrenbach und Erzberger, ins Treffen schickten, die aber den Eindruck der Frankfurter Rede nicht abzuschwächen vermochten.

Das wichtigste Fazit der Beratung scheint zu sein, daß der Sammelruf des neuen Reichskanzlers bei den liberalen Parteien nicht auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Tatsächlich läuft ja seine Sammlungspolitik auf eine konföderativ-föderale Politik hinaus, von der die liberalen Parteien ganz gewiß nichts profitieren können. Sie müßten völlig mit Blindheit geschlagen sein, wollten sie sich noch einmal zu einem Sammlungshübnung wie beim Wilhelmschen Blod gebrauchen lassen. Liberale Blätter meinen, es habe sich nun eine vollständige, reinliche Scheidung zwischen links und rechts vollzogen; es muß aber abgewartet werden, ob die liberalen Parteien nunmehr konsequent bleiben.

An die Staatsberatung schloß sich die Besprechung der schon mitgeteilten Arbeitsnachweis-Interpellationen. Die des Zentrums fragte den Reichskanzler, welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, um die vom Zentrumsverband, zunächst im Rhein- und Ruhrgebiet, geplante Einführung eines einseitigen Zwangsarbeitsnachweises der Arbeitgeber zu verhindern oder eine mißbräuchliche Verwendung dieser neuen Institution zu verhüten. Die sozialdemokratische Interpellation geht erheblich weiter; sie fordert die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage. Erstere Interpellation wurde vom Abgeordneten Wiesberts begründet, der es sich nicht verlegen konnte, in gewohnter Weise auch bei dieser Gelegenheit, wo es sich um keine Parteifrage, sondern um die Wahrung der berechtigten Interessen aller Arbeiter handelt, Angriffe gegen die sozialdemokratische Bewegung zu richten, die durch das Vorgehen der Arbeitgeber neue Richtung gewinne.

Die sozialdemokratische Interpellation erfuhr eine eingehende, streng objektive und deshalb um so eindrucksvollere Begründung durch unsern Kollegen Bömelburg. Er faßte das gesamte, zu dieser Frage vorliegende Material in einer sehr übersichtlichen, mit der erforderlichen scharfen Kritik durchgesetzten Darstellung zusammen und bewies, daß der Zwangsarbeitsnachweis des Unternehmertums nicht, wie in die Welt hinausposaunt worden ist, dem Interesse der Arbeiter dienen solle, sondern daß er lediglich den Zweck habe, die Arbeiter vollends in die Gewalt des Zentrums zu bringen, sie dessen Willkür durchaus zu unterwerfen unter Vernichtung ihrer Koalitions- und Bewegungsfreiheit. Auch liberale Blätter geben offen zu, daß Bömelburg eine gewaltige Abrechnung mit den Grubenmagnaten und dem Unternehmertum überhaupt gehalten hat. Der Kapitalismus, so sagte er u. a., sei von einer Art Säurevergiftung befallen, der nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze deutsche Volk auf das schwerste bedrohe; deshalb müsse die Gesetzgebung einschreiten, um dem Unwesen der Zwangsarbeitsnachweise zu steuern, andernfalls werden die schwersten und zerrüttesten Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital unvermeidlich; sie werden, wenn nicht jetzt, zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise, so doch ganz gewiß zum Ausbruch kommen, wenn die Hochkonjunktur da ist. Also müsse der Reichstag einschreiten. Die Millionen von Arbeitern erwarten von ihm und von der Regierung, daß sie tun, was notwendig ist. Sollte das nicht geschehen, so dürfte man sicher sein, daß die Zeit kommt, wo das Wort seine Bestätigung finden wird: „Eine Grenze hat Tyrannenmacht!“

Über die Antwort des Staatssekretärs Delbrück war überaus kühl und abweisend, durchaus im Sinne des Unternehmertums gehalten. Er behauptete, daß der Zwangsarbeitsnachweis mit der Gewerbeordnung nicht im Widerspruch stehe, und daß, wenn er lokal gehandhabt werde, nichts dagegen einzuwenden sei. Und das wagte Herr Delbrück zu sagen, nachdem ihm soeben bewiesen worden war, daß die Tendenz des Zwangsarbeitsnachweises geradezu darauf gerichtet ist, die Arbeiter und ihr gutes Recht zu vergewaltigen. Um diese Tatsache wand sich der Staatssekretär herum, wie die Käse um den heißen Brei. Für ihn besteht nur eine Möglichkeit, daß der Zwangsarbeitsnachweis nicht lokal gehandhabt werde, und deshalb sieht er keinen hinreichenden Grund, mit der Gesetzgebung gegen ihn vorzugehen. Natürlich hätte er sich, abgesehen von seiner eigenen Meinung, lediglich auf Informationen

aus Unternehmerkreisen. Ein Vertreter des Zentrumsverbandes (1) hat ihm berichtet, über den Streik von 1905 mitgeteilt habe, seine schlimmen Folgen für Unternehmer und Arbeiter, der werde alles unterlassen, was einen derartigen Streik von neuem heraufbeschwören könne. Auf einen Zwischenruf des Abgeordneten Bus, ob er denn auch Arbeiter gehört habe, gab der Minister keine Antwort. Und das war auch eine Antwort! Hätte er die Arbeiter gefragt, so würde er erfahren haben, was er übrigens auch aus der Rede Bömelburgs entnehmen konnte, daß nach der Ueberzeugung der gesamten Arbeiterschaft die Grubenbetriebe mit ihrem jetzigen Vorgehen geradezu die Wächter verbinden, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Krise eine neue gewaltige Machtprobe gegen die Arbeiter zu unternehmen. Es kann nicht überzogen sein, daß sich Herr Delbrück des Koalitionsrechtes der Unternehmer überaus warm annahm; werde dieses eingeschränkt, so werde man auch die Arbeiter in ihrem Koalitionsrecht einschränken müssen. Sonst spielt das Recht der Arbeiter für den Staatssekretär weiter keine Rolle. Und das nennt er „ausgleichende Gerechtigkeit über an all denen, die an den großen Betrieben beteiligt sind“.

In der Debatte stellten sich die konservativen Redner durchaus auf den Standpunkt der Unternehmer und des Staatssekretärs. Der Abgeordnete v. Dierßen meinte, die ganze Sache sei von der Sozialdemokratie aufgekauft worden, die in einer allgemeinen Verheißung ihr Spiel ihere; die Forderung der Gewerkschaften nach paritätischen Arbeitsnachweisen sei zurückzuführen auf die Absicht, eine Erhöhung der Arbeiterrechte herbeizuführen. Dieser Dierßen und ähnliches politisches Nachtgatter wurden verhöhnt durch eine glänzende Rede des Abgeordneten Raumann von der freisinnigen Vereinigung, die sich in allen Hauptfragen mit den Ausführungen Bömelburgs deckt. Wir bebauern lebhaft, durch den Raumklang verhindert zu sein, mehr von den Reden Bömelburgs und Raumanns zu sagen. Beide bildeten, jebe in ihrer Art, einen Höhepunkt in dieser Debatte. Bömelburg, der erfahrene Gewerkschaftsführer, einer der besten Kenner der deutschen Arbeiterverhältnisse, in seiner sachlich und formell einbringlichen Art beherrschte das Haus mit seinen Ausführungen, die in jedem Satze erkennen ließen, daß hier ein Praktiker aus fester Ueberzeugung sprach. Raumann, der hochgebildete Sozialphysiologe, der uns erreichte Künstler in Wort und Ausdruck, fesselte sowohl durch die feingeschliffene Form, wie durch den hohen geistigen Gehalt seiner Rede, die unter Voranführung sozial-ethischer Momente zu einer schneidenden scharfen Abweisung und Verdamnung der Scharfmacherpläne kam.

Als Raumann geredet, rief von der Mitteltribüne eine schwarzgekleidete Frau in den Saal hinein: „Ich und meine sieben Kinder, wir haben nichts!“ Es ist die Witwe eines Obersteigers, der bei einem Grubenunglück zu Tode gekommen ist. Große Bewegung entstand im Hause; auf der rechten entsetzte ein roher Lärmel das Lauschen seiner Gesinnungsgenossen, indem er rief: „Na, eine deutsche Suffragette!“ Die solchgemäßen angepöbelte unglückliche Frau wurde von der Tribüne entfernt.

Den Schluß der Debatte bildete eine längere Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Sachs, der mit den Unternehmern, der Regierung und den konservativen Rednern nochmals scharf ins Gericht ging. Auch er erklärte, daß sich die Bergarbeiter die Zwangsade nicht gefallen lassen werden, daß der Kampf kommen wird, wenn die Gesetzgebung nicht einschreift. Er konnte als Resultat der Besprechung feststellen, daß der Reichstag in seiner Mehrheit leider wieder verfaßt hat, wo es sich um Arbeiterinteressen handelt.

Dann ging der Reichstag in die Weihnachtsferien, die bis zum 11. Januar dauern. Es soll dann zunächst eine Interpellation über die medienburgische Verfassung erledigt werden. Leider wird die Verhandlung von Interpellationen so lange nur den Wert haben, den ihr die Kritik gibt, bis die Geschäftsordnung des Reichstages dahin geändert worden ist, daß sich an solche Beratungen bestimmte Beschlüsse auf Grund von Anträgen anschließen können. Ohne das erfüllt das Interpellationsrecht gar nicht seinen Zweck.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Schleswig-Holstein: Helgoland (Differenzen beim Unternehmer Hagemann);
- Mecklenburg: Goldberg (Sperrung über die Arbeiten des Unternehmers Frandt);

Brandenburg: Fürstenwalde (Sperrung über alle Arbeiten der Unternehmer Bodey, Gube, Kirschke, Paetel und Utkal);

Ost- und Westpreussen, Posen: Marienwerder (Sperrung über Spinitzki);

Königreich Sachsen: Leipzig (Sperrung über Winkler, Kleinschocher, Ecke Militzer- und Eythraerstrasse), Borsdorf (Sperrung über die Bauten des Unternehmers Wilhelm), Zittau (Sperrung über Hinke in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde), Oberriedersdorf (Sperrung über den Unternehmer Clemens);

Provinz Sachsen und Anhalt: Halle (Sperrung über Iffland in Passendorf);

Thüringen: Arnstadt (Sperrung über O. Grossler); Eisenach-Erielshausen (Sperrung über Buchenan);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen: Badbergen, Lingen (Streiks), Buxtehude (Sperrung über Pleschke und Spark), Wolfenbüttel (Sperrung über die Bauten der Unternehmer Tolle und Vollmer);

Westfalen und Rheinland: Düsseldorf (Streik in Ratingen);

Isolierer und Steinholzleger: Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 89), Berlin (Sperrung über A. Haake & Co. wegen Massregelung organisierter Kollegen), Chemnitz (Sperrung über die Firma Ziegner & Fritsche), Bremen (Sperrung über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.).

Schweiz:

Winterthur (Streik).

Bekanntmachung des Vorstandes.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes mit
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 13. bis 18. Dezember für folgende Mitglieder erteilt:

- A. Andersch-Hamburg, Verb.-Nr. 30 862; Frdr. Albers-Schittgart, 390 222; G. Dämmersch-Gienack, 242 883; Otto Raumann-Dresden, 18 328; S. Scholz-Langenbielau, 291 856; Ernst Heine-Stadthagen (Frau), 409 984; Otto Richter II-Kallberge (Frau), 446 797; S. F. Felbmann-Darmstadt (Frau), 210 802; Herm. Meißner-Leipzig, 35 476; H. Scholz-Bergk, 257 808; Ph. Schick-Göhl, 388 325; Gust. Maier-Schittgart, 399 218; Aug. Lardong-Hamburg, 29 547; Alb. Baum-Wienau, 131 244; Edm. Scherich-Altendorf, 304 405; F. H. Huber-Vorsteim, 286 870; E. Sander-Hannover, 31 481; E. Zentner-Gelsenkirchen, 184 476; E. Lind-Verdenburg, 55 506; J. Baumgartner-Danzig, 256 681; M. Kreschmar-Dresden, 255 265; Aug. Bogas-Danzig, 152 379; G. Rolle-Leipzig, 35 452; M. Schmidt-Münster, 151 495; M. Gieseler-Münster, 378 704; Alb. Naurens-Münster, 95 960; M. Lang-Regensburg, 368 004; S. Albrecht-Libitz, 84 548; E. Richter-Münster, 240 814; M. Pren-Münster (Frau), 452 885; H. Schert-Düffeldorf (Frau), 393 211; Gust. Müller II-Münster a. S. (Frau), 54 492; F. J. Heider-Verdenburg (Frau), 411 538; B. Greiner-Freiburg (Frau), 399 251; Aug. Meißner-Coburg (Frau), 46 178; B. Götsche-Verdenburg (Frau), 242 971; Ernst Mann-Dresden (Frau), 18 282; K. Hüfning-Sachsa i. S. (Frau), 371 983; B. Baganz-Berlin (Frau), 4370; M. Wagner-Berlin, 6021; E. Tiedemann-Königsberg T. Pr., 452 443; Albert Güller-Karlsruhe, 310 229.

Geldbeweise für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Befendeburhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 13. bis 20. Dezember 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Anklam A. 200, Alstedt 100, Beuthen 300, Bremerhaven 500, Verdenburg 400, Ezerk 10, Döbeln 200, Demmin 124,15, Dessau 200, Frankenhäuser 100, Freienwalde 490,45, Gera 800, Grömitz 200, Guben 200, Göttingen 150, Gagenow 100, Hamburg 2200, Heiligenhafen 92,50, Heilsfeld 102,20, Harfeld 16,80, Heide 200, Kaiserlautern 700, Kanna 100, Libitz 800, Lübz i. M. 100, Laucha 19,80, Mammeln 1000, Meisen 500, Nürnberg 100, Neuhardenberg 100, Osterode am Harz 1,45, Pirna 550, Rummelsburg 18,20, Magdau 80,89, Schellersee 159,15, Seefeld 150, Schwarzenhof 80, Starnberg 4,50, Sanbau 42,44, Stolp i. Pom. 100, Ulfen 18,40, Ulfen 150, Wittmund 200, Zwenkau 100.

- b) Für Ratender. Freienwalde A. 2,50, Hamburg 612,50, Sufum 7,50, Heiligenhafen 7,50, Neuhardenberg 5, Pirna 10, Rummelsburg 17,50, Rummelsburg 2, Schellersee 12,50, Ulfen 25.

- c) Für Futterale. Freienwalde A. 1.

Mit Verlusten gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Ph. Biederig-Leipzig (Verb.-Nr. 39 142), M. Zimmer-Plauen (94 283), G. S. Wörbe-Danzig (244 418), Karl Müller-Heidenau i. S. (841 879), Herm. Auf-Zerrenth (215 989), Aug. Schaper-Nordheim (294 523), Ph. Scherich-Münster (476 613), Joh. Müller-Balsrode (180 289); außerdem die Mitglieds-

Farten der Kollegen M. Gagemann-Braunschweig (027-272), Paul Hoffmann-Straßburg (038-818); außerdem das Mitgliedsbuch und die Beiratsliste (92-902) des am 28. Februar 1882 in Einigkeit bei Herford geborenen Kollegen August Dufmann. Wir ersuchen besonders die Mitglieder der Beiratsunterstützung, Obacht zu geben, ob vielleicht von unberechtigter Seite auf diese Karte Beiratsunterstützung beansprucht wird.

Gefunden ist das Mitgliedsbuch des am 13. Januar 1887 zu Gumnitz geborenen Kollegen Ludwig Beszinski. Dasselbe kann bei uns abgefordert werden.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 a des Statuts vom Zweigverein Deils: August Biedel (Verb.-Nr. 839-818); Schwarzenbel: Fritz Bahn (124-812), Otto Bactow (017-737); Wilster: H. Stammer (215-865); Spremberg: Wilhelm Vater (296-497).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihre Adresse anzugeben, werden vom Zweigverein Duisburg die fremdgeschriebenen Maurer Johann Müller, Wilhelm Gehrmann, Otto Wray und Hermann Meyer.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das dritte Quartal 1909.

Table with 2 columns: Description and Amount (M.). Rows include: Einnahme in den Zweigvereinen, Hauptfälliger, An Eintrittsgeldern, wöchentlichen Beiträgen, Aufschlag aus der Hauptkasse, etc.

Table with 2 columns: Description and Amount (M.). Rows include: Ausgabe in den Zweigvereinen, Für Streiks und Waispieren, Beiratsunterstützung im Winter, etc.

Table with 2 columns: Description and Amount (M.). Rows include: Einnahme in der Hauptkasse, Kassenbestand am 30. Juni 1909, Vom Eingeliegenein bei der Hauptkasse, etc.

Table with 2 columns: Description and Amount (M.). Rows include: Ausgabe in der Hauptkasse, Für das Verbandsorgan 'Der Grundstein', Zulagen in fremden Sprachen, etc.

Table titled 'Bilanz' with 2 columns: Description and Amount (M.). Rows include: Einnahme, Ausgabe, Kassenbestand.

Hamburg, den 19. Dezember 1909. F. Köster, Kassierer. Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden. Die Revisoren: Herr. Marks. Wilh. Albrecht. Wilh. Kos.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Vorläufiges Ergebnis der Arbeitslosgenzählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zähltag: Sonnabend, 27. November 1909.

Large table with 7 columns: Landesteil, Zahl der Mitglieder, Zahl der Waispieren, Zahl der Familienmitglieder, Zahl der Arbeitslosen, Zahl der Arbeitslosen infolge Waispieren, Zahl der Arbeitslosen infolge Krankheit. Rows list various provinces like Brandenburg, Posen, etc.

Deutsch Reich insgesamt 162582 151293 116327 5183 14980 4803. Von den Befragten standen am Zähltag in Arbeit 76,89 pZt.; arbeitslos waren insgesamt 23,11 pZt., davon wegen Arbeitsmangels 10,04 pZt., wegen Minderungsverhältnisses 9,90 pZt. und erwerbsunfähig wegen Krankheit 3,17 pZt. 182 Zweigvereine haben trotz Mahnung die Berichtsbogen nicht eingeleandt.

Vielefeld. Eine am 12. Dezember abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Statutenentwurf für den neu zu gründenden Bauarbeiterverband und mit dem neuen Tarifvertragsmuster. Der Vertragsentwurf stimmte die Versammlung durch geheime Abstimmung zu. Nicht einverstanden waren aber die Kollegen mit der Zahlung der Krankenunterstützung im Winter. So weit können die Unterstützungs-Einrichtungen nicht gehen, wenn man auf der anderen Seite der Organisation nicht den Kampfcharakter nehmen will. Es soll deshalb bei den bisherigen Sätzen bleiben mit dem Unterschied, daß denjenigen Kollegen, die über zwölf Wochen hinaus krank sind, das Krankengeld um ein Drittel erhöht wird. Einige weitere Anträge zwecks Einführung einer Familienunterstützung bei Streiks und Gründung einer zweiten Vertragsklasse, ferner der Antrag, die Anteile der Zweigvereine in den obersten Vertragsklassen ebenfalls um 1/3 zu erhöhen, fanden einstimmige Annahme. Eine Erläuterung zum Tarifvertragsmuster gab der Vorsitzende. Wir Kollegen waren allgemein der Ansicht, daß eine Diskussion hierüber überflüssig sei, da es als selbstverständlich gelte, daß sich die Maurer-Deutschlands nie und nimmer ein solches Joch auflegen lassen. Im übrigen sei die Kritik des 'Grundstein' über das Vertragsmuster ja auch verständig. Mit Recht komme aber noch hier und da unter den Kollegen die Erbitterung über das Vertragsmuster, das uns im Jahre 1908 aufgegeben wurde, zum Ausdruck. Die Kollegen wollen ihre ganze Kraft einsetzen, um den Schlag des Unternehmerbundes abzuwehren. Nachdem dann einige Unterstützungsanträge erledigt waren, wurde unter 'Verschiedenes' die Erhebung eines Winterbeitrages beschlossen. Zweck näherer Kontrolle sollen im ganzen Zweigverein die Mitgliedsbücher eingeschoben werden. Darauf wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Dresden. Eine am 7. Dezember tagende Versammlung nahm Stellung zum Verbandstag in Leipzig. Zu § 11 des Statuts wurde ein Antrag angenommen, der will, daß die Gewerkschaften auf dem Verbandstag nur beratende Stimme haben. Zur Begründung wurde anggeführt, die Gewerkschaften wären bei wichtigen Fragen

vom Hauptvorstand abhängig und gäben bei Abstimmungen unangenehm der Mitglieder den Ausschlag. Ein anderer Antrag verlangte die Abschaffung der persönlichen Abklausuren, weil diese nicht mehr zeitgemäß seien und der Erfolg mit den Kosten keineswegs in Einklang stehe. Der Antrag wurde ebenfalls angenommen. Ein Antrag, die Interdisziplinäre der Gewerkschaften nicht mehr zu beschließen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, der verlangt, daß die Versammlung mit dem Bauhilfsarbeiterverband nur durch Abstimmung zu erfolgen hat. Es wurde behauptet, die Mehrheit der Mitglieder in den großen Städten hätte gegen die Versammlung gestimmt. Da die Wahlrechtsverteilung die ländlichen Zweigvereine begünstigt, komme auf dem Verbandstag nicht die wahre Meinung der Kollegen zum Ausdruck. In einer Resolution wurde dann noch gegen die geplante Vertragsänderung protestiert und ausgesprochen, daß man die Erhöhung nur als Folge der Versammlung ansehe. Die Kollegen Bachmann und Kötter, die schon gegen den ersten Antrag gesprochen hatten, sprachen sich gegen diesen Antrag, indem sie darlegten, daß die Vertragsänderung auch ohne die Versammlung kommen müsse. Ein Antrag zu § 31 des Statutenentwurfs verlangte, daß die Anteile der Zweigvereine erhöht werden. In § 30 wurde beantragt, die Streitunterstützung um 1/2 zu erhöhen. Beide Anträge wurden angenommen. Bei Delegiertenwahl zum Verbandstag wurde Kollege Stark gewählt. Kollege Kötter, der auch vorgeschlagen war, hatte erklärt, daß er die Wahl ablehne, weil er die von Breslau gestellten Anträge nicht vertreten könne.

Bromberg. Unsere Versammlung am 5. Dezember war ausnahmsweise einmal ziemlich gut besucht. Sie beschäftigte sich mit dem neuen Vertragsmuster, das eine herbe Kritik erfuhr. Danach kam der Statutenentwurf an die Reihe, wobei gewünscht wurde, die heutigen Unterstützungsätze auch für die Zukunft beizubehalten. Bei dem Punkte 'Verschiedenes' wurde der bevorstehenden Gewerkschaftswahl sowie des Baudelegiertenwettens gedacht; die Baudelegierten sollen alle Freitag über etwaige Mißstände berichten. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt, sowie das Resultat der Arbeitslosgenzählung. Nach einer Aufforderung, keine bürgerlichen Zeitungen, sondern unser Arbeiterblatt zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.

Schemnitz. In unserer Versammlung am 16. Dezember referierte Kollege Jakob-Beipzig über: 'Das Vertragsmuster der Unternehmer und die zentralen Verhandlungen in Berlin'. Die gut besuchte Versammlung lautete mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Referenten. Dann behandelte man das Schreiben des hiesigen Arbeiterverbandes betreffs Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1910. Unter 'Verschiedenes' wurde beschlossen, den zurechtfindenden Kollegen am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag, A 2 aus totalen Mitteln als Weihnachtsgeld zu gewähren.

Danzig. Am 2. Dezember hielt unser Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab, die sich mit der Statutenberatung beschäftigte. Kollege Grünhagen führte einleitend die Gründe an, die den Hauptvorstand gezwungen haben, uns den neuen Entwurf zu präsentieren. Die Vertragsänderung sei notwendig, weil wir in Zukunft auf größere Kämpfe gefaßt sein müßten, was auch schon aus dem neuen Musterentwurf ersichtlich sei. Dann wurde zur Statutenberatung geschritten. Kollege Dufast sprach zunächst über die Vertragsänderung. Er führte Statistiken an, nach denen die Vertragsänderung in früheren Jahren auf Verbesserung und Vertragsleistung in früheren Jahren nicht im Einklang steht, und bemerkte, daß ein normaler Arbeiter vor Jahren erlitt, der Beitrag hierin war normaler Stundenlohn nicht überlegen; im übrigen war Redner kritisch gegen eine Vertragsänderung und forderte die uns zugemutete Vertragsänderung und forderte für den Fall, daß sie zustande komme, eine Arbeitslosenunterstützung und Abschaffung der Arbeitslosenmarken. Von 20 vorliegenden Anträgen wurden 14 angenommen, ein abgelehnt und zwei zurückgenommen. Bei der Delegiertenwahl erhielt Kollege Adam 37, Seidel 23 und Dresden vier Stimmen. In 'Verschiedenes' wurde kritisiert, daß die Kollegen auf der Waisliste B. Sey in der Halbe-Ällee nur eine halbe Stunde Mittag machen. Nach einem Hinweis auf den Schnapsboykot erfolgte Schluß der Versammlung.

Darmstadt (Zahlstelle Eberstadt). In einer gut besuchten Versammlung am 12. Dezember referierte Kollege Delp-Darmstadt über die bevorstehende Lohnbewegung der Bauarbeiter. Redner behandelte eingehend den Vertragsentwurf der Unternehmer und betonte, ein Vertrag auf dieser Grundlage sei für uns unannehmbar. In der vom guten Glauben befehlten Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt und betont, es sei Pflicht der Organisationsvorstände, daß sie bei den Verhandlungen mit den Unternehmern diese nicht im unklaren darüber lassen, daß die Maurer vor keinem Opfer zurückzuführen, um endlich ihren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Bei der dann vorgenommenen Stichwahl zum Verbandstag erhielt Delp 32 und Puffmann 10 Stimmen. Dann referierte Genosse Claus über: 'Die Bestrebungen des Volksbildungvereins'. Redner erläuterte ausführlich das Winterprogramm und sprach den Wunsch aus, auch die Maurer möchten sich zahlreich an den Veranstaltungen beteiligen, um ihr Wissen mehr als bisher zu bereichern. Möge die Versammlung dazu beitragen, daß sich auch bei den Oberstadter Kollegen die Einsicht durchdringt, daß sie nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch in der politischen Organisation ihren Mann zu stellen haben und neben ihrer Fachpresse auch das Arbeiterorgan, den 'Heftigen Volksfreund', zur geistigen Auszubildung lesen müssen.

Hünfertealbe. In der Versammlung am 12. Dezember wurde der Kollege Karl Alee als Vorsitzender und H. Gafsch als Kassierer gewählt. Als Verbandsdelegierter wurde ebenfalls Gafsch gewählt. Mehrere Anträge auf Verbesserung des Statuts wurden angenommen. Zur Versammlungsfrage entspann sich eine rege Diskussion.

Der vorliegende Statutenentwurf wurde einstimmig abgelehnt und der Vorstand beauftragt, beim Hauptvorstand Schritte zur Vorlegung eines neuen Entwurfes zu tun.

Wölflig. In der ordentlichen Mitgliederversammlung am 13. Dezember wurde der bisherige Vorstand fast einstimmig wiedergewählt. Bestritten wurden die Kollegen R. Ainer, R. Pfeiffer und M. He. Hierauf hielt Kollege Kuppel einen Vortrag über: „Das neue Vertragsmuster“. Weiter forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, das Muster zu selbstgezeichneten Leitungen aufzugeben, da wir nur so vorwärts kommen könnten. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf den in der vorigen Versammlung gefassten Beschluß aufmerksam, wonach das Wahren im Afford im ganzen Zweigvereinsgebiet verboten ist. Dieser Beschluß soll ins Ortsstatut aufgenommen werden.

Salle a. d. S. In der Mitgliederversammlung am 14. Dezember referierte Kollege Jacob Leipzig über: „Die bevorstehende Tarifbewegung im Baugewerbe“. Der Zweigvereinsvorstand wurde beauftragt, etwaige Verhandlungen, wenn solche von den Unternehmern gewünscht werden, zu leiten. Außerdem wurde bekannt gegeben, daß auf verschiedenen Bauten die tariflich festgesetzte einstufige Mittagspause nicht eingehalten wurde. Die betreffenden Kollegen hätten sich selbst angeboten, nur eine halbstündige Mittagspause abzuhalten. Wenn es auch verständlich ist, daß sich die Kollegen, sojournen gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, einen materiellen Vorteil verschaffen wollen, so ist zu bedenken, daß dadurch unsere Forderung nach Verfürzung der Arbeitszeit illusorisch gemacht wird. Ferner wurde beschlossen, am 6. Februar ein Winterergänzen abzuhalten, zu dessen Vorbereitung eine Kommission gewählt wurde. Gleichzeitig werden die Neuanten eruchtet, ihre Beiträge möglichst noch vor Jahreschluß zu entrichten.

Memel. In unserer Versammlung am 5. Dezember sprach Kollege Warfall über den Vertragsentwurf der Unternehmer und das Ergebnis der ersten zentralen Verhandlungen, zugleich gab er bekannt, daß die Christlichen den Tarif, den sie seit 1908 mit den Unternehmern haben, gekündigt haben, damit das Vertragsverhältnis auch auf uns ausgedehnt werden kann. In der Debatte bezeichneten sämtliche Redner die Vorschläge der Unternehmer für unannehmbar. Im übrigen wurde beschlossen, den Zweigvereinsvorstand mit der Führung der Verhandlungen zu beauftragen; er soll über die Ergebnisse berichten. Der Kassierer eruchte die Mitglieder, ihre Beiträge vor Jahreschluß zu bezahlen.

Sakras. Am 21. November fand im Hause des Kollegen Semella eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Slomanja einen Vortrag hielt. Beim Punkt „Anträge zum Verbandsrat“ protestierte die Versammlung gegen die geplante Vertragsveränderung. Es wird gewünscht, daß die Krankenunterstützung so bleibt, wie sie ist, und daß dazu die Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird. Als Delegierter wurde Slomanja und als Ersatzmann Proste gewählt. Es wird erwartet, daß die Mitglieder in der nächsten Versammlung vollständig erscheinen.

Schliefsee. Unser Zweigverein unternahm am 19. Dezember eine Agitationsfahrt nach Fischbachau, woran sich 40 Kollegen beteiligten. Als Referent war Kollege Puh aus München mitgenommen, den in Fischbachau über: „Die Lage im Baugewerbe“ sprach. Seine Ausführungen fanden vielen Beifall. Unser Vorstand Altmann sprach über die am Orte bestehenden Mißstände. Zum Schluß wurden mehrere Kollegen in den Verband aufgenommen.

Tilfit. In unserer Versammlung am 12. Dezember gab der Vorstand bekannt, daß uns die Unternehmer als Wechnachtsbescherung den Tarif gekündigt haben. Im Anschluß an diese Mitteilung referierte Kollege Durbat über den Vertragsentwurf der Unternehmer. Herrn Heuers Wort vom Granitbeizen erregte viel Heiterkeit, fand aber wenig Glauben. Für die Verhandlungen wurde eine Kommission gewählt, für Fallstappen der Kollege Stanjusch als Hilfskassierer. Nach einem ermuternden Schlußwort erfolgte Schluß.

Zeutenroda. In einer gut besuchten Versammlung am 5. Dezember verlas der Vorsitzende den Jahresbericht und der Kassierer die provisorische Abrechnung. Am Schluß des dritten Quartals zählte der Zweigverein 62 Mitglieder; einige davon haben ihre Beiträge noch nicht voll bezahlt. Bei der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden als Vorsitzende die Kollegen O. Hessel und A. Paulsd wiedergewählt. Kassierer wurde Karl Paulsd und Schriftführer G. Heyde. Als Delegierter zum Verbandsrat wurde O. Hessel gewählt. Nachdem der Vorsitzende das Statut der Zentral-Krankenkasse verlesen hatte, wurde beschlossen, eine Ortsverwaltung zu errichten. Unser Langträgen findet am 9. Januar im Lokal „Erholung“ statt. Unsere Mitglieder werden eruchtet, tüchtig für die Organisation zu arbeiten, damit auch die Unorganisierten in unsere Reihen kommen und es in Zeutenroda vorwärts geht.

Aus den Einigungsämtern.

Vegejad. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ für das Baugewerbe“ in Geseimünde beschäftigt sich in ihrer Nr. 50 unter der Überschrift „Spitzhüterei“ mit unserer Rötig in Nr. 50 des „Grundstein“. In dieser wurde das Verhalten des Unternehmerverbandes nicht tarifmäßig zahlenden Firmen gegenüber kritisiert. Ganz besonders wurde auch die vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in der Stadt Vegejad, Kreis Muenster und „Imgegend“ abgegebene, Erklärung: „Wir leben es ab, den Firmen, die sich an unsere Arbeitsnachweis um Vermittlung von Maurern wenden, Vorschriften über die zu zahlenden Rötig zu machen!“ gebührend niedriger gehängt. Herr Quinhardt vermutet im Kollegen Mann den Verfasser der Rötig und hat ihm auch bereits in einer Sitzung eine Vorlesung gehalten. Die „Arbeiterzeitung“ bringt nunmehr eine Darstellung, die ihr von Herrn Quinhardt geliefert worden ist. Darin wird gesagt, die vom Nachweis der Unternehmer an den „Bremer Vulkan“ bzw. dessen „Nachweis“ vermittelten Maurer —

diese waren es, die 7 bis 12 1/2 unter Vertrag entlohnt werden — wären mit dem Ausgezeichneten von Schiffsboden beschäftigt worden. Hier hat Herr Quinhardt der „Arbeiterzeitung“ wissentlich die Unwahrheit berichtet. Unser Kollege Mann hat in der fraglichen Sitzung der Schlichtungskommission am 20. November in Gegenwart des Herrn Quinhardt klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die in Frage kommenden zwölf Maurer an Giecherei-Neubau des „Bremer Vulkan“ Maurerarbeiten in größerem Umfang ausführen. Wie Herr Quinhardt aus einem Fabrikneubau ein Schiff machen kann, ist nur von denen zu ermesen, die Herr Quinhardt länger kennen. Am bezeichnendsten erscheint uns der von der „Arbeiterzeitung“ gebrachte Entscheidungsgrund zu sein: „Der Nachweis habe dem Bremer Vulkan eine Gefälligkeit erwiesen wollen.“ Klarieren wir die Tatsache noch einmal kurz und klar: Troddem der Vertrag sagt, er solle Geltung an allen Arbeitsstätten haben, und troddem die Unternehmer im § 9 des Vertrags die Pflicht übernommen haben, für die Durchführung des Vertrags einzutreten, Umgehungen und Verletzungen des Vertrags zu bestrafen, weisen die Unternehmer den nicht vertragsmäßig entlohnten Betrieben aus Gefälligkeit durch ihren Arbeitsnachweis Leute zu. Das ist die Auffassung der Unternehmer und ihrer Organe von den Vertragspflichten! Das genügt!

Gliesenleger.

Breslau. In unserer letzten Versammlung hatten sich, trotz der wichtigen Tagesordnung, ganze acht Kollegen eingefunden. Nicht einmal die Vorstandsmitglieder waren alle erschienen. Nachdem man wieder einen Tarif auf zwei Jahre in der Tasche hat, glaubt man, sich um nichts mehr kümmern zu brauchen. Das ist ein trauriges Zeichen dafür, wie gering das Interesse der Kollegen für die Gesamtorganisation ist. — Bei der Delegiertenwahl zum Verbandsrat erhielt Herr Waldheim sieben und Franz Kruse eine Stimme. Man beschäftigte sich dann noch mit dem Verhalten der Streikbrecher Gebr. Oswald und Freudenberg, die auch uns während der Bewegung in den Händen fielen und sogar noch zehn Prozent unter dem alten Tarif arbeiteten. Dafür müssen auch heute schon ihre Arbeiten von uns ausgedehnt werden. Weiter haben sie unsere Breslauer Kollegen dadurch in ein schlechtes Licht gestellt, daß sie auf einem Schloß bei Lüben Wein gestohlen haben sollen.

Isolierer und Steinholzleger.

Berlin. Am 17. Dezember wurde der Streit, der sieben Wochen gedauert hatte, in einer Versammlung der Streikenden aufgehoben. Ein Lohnvertrag mit Organisation zu Organisation wurde nicht abgeschlossen. Die Unternehmer haben ihren Affordatist zurückgezogen. Es wird nunmehr wieder, sobald in Afford gearbeitet wird, zu den alten Bedingungen der volle Lohn garantiert. Auch in bezug der Lohnhöhe haben die Firmen noch Zugeständnisse gemacht; denn die meisten Kollegen arbeiten für 70 1/2. Nur jüngere Kräfte, die erst kurze Zeit selbständig arbeiten, erhalten 65 1/2 pro Stunde. Für die Isolierer ist dies zwar kein Sieg, aber eine Niederlage ist es auch nicht; denn ihnen kam es von vornherein nicht so sehr auf die Durchbrückung ihrer Forderung als auf die Abwehr der Bedingungen der Unternehmer, die sie in bezug der Affordarbeit gestellt hatten, an. Aber auch bei den Unternehmern waren es nicht die Forderungen der Arbeiter, sondern ihre eigenen Bedingungen, weshalb sie so hartnäckig auf ihrem Standpunkt beharrten. Die Herren hatten es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, die Organisation der Isolierer in Berlin zu vernichten, um dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Willkür festsetzen zu können. Das ist ihnen aber nicht gelungen und wird dem Arbeitgeberverband auch in Zukunft nicht gelingen; denn die Isolierer Berlins haben in dem siebenwöchigen Kampfe bewiesen, daß sie die Organisation zu schätzen wissen. Nicht ein einziges Mitglied ist abtrünnig geworden. Ebenso geschlossen wie sie am 1. November die Arbeit niederlegten, haben sie diese jetzt wieder aufgenommen. Und das berechtigt sie auch für die Zukunft zu den besten Hoffnungen. Nunmehr ist die Sperre über die sieben Firmen aufgehoben. Nur die Filiale der Firma A. Oake & Co., Brüdentaler 22, hält ihren Afford aufrecht, nach dem den bei ihr beschäftigten Isolierern verboten ist, irgend einer Organisation anzugehören. Diese Firma bleibt daher für die Isolierer weiter gesperrt.

Breslau. Am 4. Dezember fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Versammlung der Isolierer Breslaus statt. Den freistehenden Berliner Kollegen wurde die volle Sympathie ausgesprochen und einstimmig beschlossen, wenn nötig, ebenfalls zugunsten der dortigen Kollegen die Arbeit niederzulegen. Weiter wurde beschlossen, in den beitragsfreien Wintermonaten zugunsten der Sektionskasse einen Beitrag von 50 1/2 pro Woche zu erheben. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit einer Angelegenheit des Kollegen Wiege, dem seinerzeit in einem Artikel der Berliner Kollegen im „Grundstein“ Streibbruch vorgezogen worden war. Es wurde festgestellt, daß Kollege Wiege wohl nach Berlin als Streikbrecher geschickt werden sollte, aber nicht gefahren ist, also sich in der Sache korrekt verhalten hat. Nachdem dies beschlossen war, daß am dritten Weihnachtsfest das Winterergänzen im Gewerkschaftshaus gefeiert werden soll, wurde die Versammlung geschlossen. — Am dritten Weihnachtsfest, vormittags 9 Uhr, findet auch die Generalversammlung ebenfalls im Gewerkschaftshaus statt.

Leipzig. In unserer letzten Versammlung erstattete Kollege Lange-Berlin Bericht über den Stand des Berliner Streiks. Er betonte, die Unternehmer führten den Kampf mit Lügen und Verdrögen in der bürgerlichen Presse auf die ungeschickteste Weise. Sie klagen über schlechten Verdienst, moran angeblich die hohen Löhne der Isolierer schuld sein sollen. In Wirklichkeit ist aber, in Fällen, wo wenig verdient wird, die schmutzige Konkurrenz der Unternehmer daran schuld. Wände-Firmen reduzieren,

nur um in einen Betrieb hineinzukommen, die Preise immer und immer wieder. Die Isolierer aber sollen ausgepreßt werden wie Quarkkäse. Auf einer kürzlich in Leipzig abgehaltenen Konferenz berichtigten auswärtige Lehnbrüderfirmen die hiesigen Firmen scharf zu machen. Der Verband der Isolierfirmen machte für eine Auslieferung in ganz Deutschland Propaganda. Käme diese zustande, so hätten natürlich die Kleinfirmen die Kosten zu tragen. Für die Isolierer gilt es, fest zusammenzustehen und sich durch die Manipulationen der Unternehmer nicht irreführen zu lassen, insbesondere auch feinerlei Verträge mit den Unternehmern hinter dem Rücken der Organisation abzuschließen; denn es ist das Ziel der Unternehmer, die Kollegen von der Organisation zu trennen, um sie dann desto besser bergewaltigen zu können. — Die Versammlung beschloß, pro Woche und Mitglied 1, bei drei Tagen Arbeit 50 1/2 Ertragssteuer für die Berliner Streikenden zu zahlen. (In der vorigen Versammlung wurden 1 300 bewilligt.) Eine freiwillige Sammlung ergab außerdem 1 23. Die Versammlung nahm dann Stellung zu dem Gebaren, das der Ingenieur Schöffel von der Firma Reinhold & Co. unseren Kollegen gegenüber an den Tag legt. Selbst die besten Arbeiter können ihm die Arbeit nicht gut genug machen. Er hätte an allem etwas auszuheben und schließlich ging er sogar soweit, einigen Kollegen den verdienten Lohn einzubehalten. Da in Gise nicht mit ihm auskommen war, mußte der Lohn eingeklagt werden. (Die Klage wurde inzwischen zugunsten unserer Kollegen entschieden.) Der Herr suchte in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Streikbrecher, und tatsächlich gaben sich der Steinholzleger Hermann Schilling-Lenssch und die Maurer Karl Friedrich Lindemann und Alfred Kraemer-Plagwitz dazu her. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, beim Vertrieben des Arbeitgeberverbandes die Einberufung einer Schlichtungskommission zu verlangen, um die Differenzen mit der Firma regeln zu lassen. Die Kollegen, die ihr Buch nicht zur Kontrolle einbrachten, wurden aufgefordert, dies sofort zu tun, damit dem Kassierer eine letzte Jahresabrechnung ermöglicht wird. Am dritten Weihnachtsfest findet in der Generalversammlung die Neuwahl des Vorstandes statt. Es wird erwartet, daß alle Kollegen, auch die auswärts wohnenden, erscheinen.

Zentral-Krankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“.)

Zur Beachtung!

Die Formulare zur Aufstellung der Abrechnung des vierten Quartals dieses Jahres sowie ein Formular zur Neuwahl der örtlichen Verwaltungsbeamten (§ 18 Ziffer 15 des Statuts) sind an die örtlichen Verwaltungen versandt. Sollte nun in einer Verwaltungsstelle dieses nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um sofortige Nachricht.

Im Anschluß an die Bekanntmachung im Zirkular vom Oktober dieses Jahres, betreffend Nachtrag 3 zum Kassensatut, ist nunmehr auch die Bescheinigung des Reichsanzeigers eingetroffen.

Ein neues Statut mit den Nachträgen 1, 2, 3 ist in Druck gegeben und wird hoffentlich in der ersten Woche des nächsten Jahres zum Versand gelangen.

Den örtlichen Verwaltungsbeamten sowie allen Mitgliedern wünschen wir vergnügliche Feiertage und zugleich zum Jahreswechsel ein frohliches, gesundes Neujahr!

Der Vorstand.

S. A.: B. T. ymar, Vorsitzender.

In der Woche vom 12. bis 18. Dezember sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Samburg 1 500, Lüdenberg 300, Breg 250, Groß-Schönbeck 200, Fährtenwalde 200, Grünau 200, Wandsbäl 100, Böjig 100, Mühlker 1, Oberlahnstr. 80. Summa 1 1900.

Zufuß erhielten: Fehrenb. A. 250, Straßburg i. Elb. 100, Reindendorf 200, Liepe a. Binowsthal 150, Wirsburg 200, Ohlau 100, Rohr i. Baden 100, Landshüt 100, Gamm i. Weßf. 100, Hainbühl 80. Summa 1 1380.

A l t o n a, 18. Dezember 1909.

Karl Reß, Hauptkassierer, Wilmshstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vaneinstürzen, überhanpt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Pattob i. B. Am 18. Dezember führte am Neubau des Bauunternehmers Mühlbäum in der Reuststraße am Hintergebäude ein Teil des Wiegels ein, wobei zwei Maurer verletzt wurden. Der Einsturz ist wohl auf Verwendung schlechten Materials zurückzuführen. Infolge des herrschenden Sturmes konnte das schwache Mauerwerk nicht standhalten.

Bromberg. Am 16. Dezember fiel auf dem Neubau des Unternehmers Briffon in Schwedenhöhe ein Zimmerhilfsarbeiter 11 m tief auf den Bürgersteig hinab. Er geriet unter die Füße der Arbeiter und wurde sofort tot. Die Zimmerarbeiten führen die Zimmergesellen Mentlowski und Pieper aus. Sie sind für den Unfall verantwortlich zu machen, da sie keine Schutzvorrichtungen getroffen haben. Auch wurde mitgeteilt, daß Mentlowski und Pieper keine Mitglieder der Bauereisensozialisten seien, und daß der Berufungslite nicht in der Krankenliste angemeldet war. — Am 4. Dezember ist der Maurer Engel an dem beim Unfall am 27. Oktober erlittenen Verletzungen gestorben.

Ennigerloh i. B. Am 20. Dezember führte auf dem Neubau der Zementfabrik ein Baugerüst ein und ver-

schüttete die darauf beschäftigten Arbeiter. Drei Tote und sechs Schwerverletzte sind unter den Trümmern herbeigetragen worden. Mehrere Bauarbeiter sollen sich noch unter den Trümmern befinden.

Lübz i. M. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 13. Dezember auf dem Neubau der Vereinsbrauerei, der unter der persönlichen Leitung der Bauvermeister Biese und Prange steht. Mehrere Maurer waren damit beschäftigt, eine Wölbung zwischen Eisenträgern herzustellen. Eine 38 cm starke Mauer, die auf der Höhe der Wölbung ohne jede Verankerung war, konnte dem Druck der Wölbung nicht standhalten. Gerade als der Arbeiter Ohl die Leiter hinabging, stürzte sie um und begrub den Unglücklichen unter ihren Krümmern. Ohl wurde schwerverletzt ins Krankenhaus übergeführt. Fünf Maurer zogen sich leichtere Verletzungen zu.

Baderborn. Ein schwerer Bauunfall hat sich am 13. Dezember hier ereignet. Der Neubau des Warenhauses Steinberg & Grünbaum, der in Eisenbeton ausgeführt wird, stürzte teilweise ein. Zwei Arbeiter wurden als Beute der Schwerkraft unter den Krümmern herabgeholt. Der Bau stürzte infolge Weidens einer Bausteinmauer auf der Mauerseite zu einem Drittel ein.

Hillich. Um Geld zu sparen, stellte im benachbarten Bad Orol ein Herr Albert Witten, Sägereibesitzer von Beruf, die Fundamente und den Sockel zu einem Wohnhaus mit seinen Arbeitern selbst her. Anstatt die Betonmischung im Verhältnis von 1:2:3 zu nehmen, verwendete er solche von 1:1:5. Die oberen 20 cm wurden statt aus Kiesbeton aus Sand hergestellt. Am 14. Dezember kamen infolgedessen an dem Bau, der am anderen Tage gerichtet werden sollte, zwei Pfeiler und ein Teil der Giebelmauer ins Rutschen. Ein großes Unglück wurde dadurch vermieden, daß sich die am Bau beschäftigten Maurer auf der entgegengesetzten Seite befanden. Die gerüsteten Teile hatten bereits zwölf Tage gestanden, mußten also schon abgeunden sein. Beim Abtragen des Baues konnte aber der „Zementbeton“ mühelos mit der Schaufel herausgenommen werden. Viel schöbler kann wohl nicht mit Menschenleben gespielt werden.

Spremburg. Am 9. Dezember brach auf einem Neubau der Firma Gandrich beim Ziegelfachen eine Leiter. Sämtliche darauf stehenden Maurer stürzten herab. Einem Maurer wurde das Ferseisen zerbrochen, ein anderer trug eine harte Rückenstauchung davon, so daß beide auf längere Zeit erwerbsunfähig sein werden. Die übrigen kamen mit leichten Hautabstürzungen davon. Die Prüfung der Leitern auf ihre Haltbarkeit wird oft viel zu flüchtig vorgenommen.

Oppol. An dem Bau eines hiesigen Logierhauses ereignete sich am 18. Dezember ein graufiger Unglücksfall. Der einundzwanzigjährige Zimmerer Neureiter stürzte drei Etagen hoch ab und blieb mit zerstückeltem Schädel tot liegen. Dies ist an den beiden städtischen Bauten bereits das fünfte Opfer. Zwei sind tot und drei ziemlich schwer verletzt und das innerhalb zehn Wochen! Wenn solch graufige Unglücksfälle an städtischen Bauten geschehen, wie soll es dann erst auf Privatbauten werden? Eine kaum glaubliche Leuzung ist an städtischer Aufsicht in Bezug auf die Unfälle; er sagte nämlich: „Die Leute wissen, daß sie einlassen werden, da stützen sie einfach ab.“ Mehr Verständnis für die Wichtigkeit des Bauarbeiterfußes ist von einem „städtischen Aufseher“ auch wirklich nicht zu erwarten.

Bauarbeiterkongress für den Bereich der Sektion I der Hannoverischen Bauergewerkschaftsgenossenschaft. Die Konferenz tagte am 28. November im Saale des „Ballhof“. Außer den 103 Delegierten, die 19 807 baugewerbliche Arbeiter vertreten, waren die Abgeordneten Frey und Reinert, die Arbeitersekretäre Paul und Schmitt und der Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterzuschuß, Heineke-Samborg, anwesend.

Auch die Gewerkschaftsvertreter Hannover und Minden hatten Vertreter entsandt. Zuvor hatten die zur Teilnahme eingeladenen bezw. um Entsendung von Vertretern ersuchten Landratsämter von Hannover und Minden, die Gewerbeinspektion Hannover-Minden, der Regierungspräsident, die Stadtbauämter Hannover-Minden und die hannoversche Bauergewerkschaftsgenossenschaft keine Vertreter geschickt. Die Gewerbeinspektion bedauerte schriftlich, daß sie keine Vertreter übrig habe, und die drei anwesenden Kontrollreure der hannoverschen Bauergewerkschaftsgenossenschaft waren nicht offiziell, sondern als Privatpersonen gekommen.

In seinem Vortrag über „Die reichsgesetzliche Regelung der Bauarbeiterzuschußfrage“ kritisierte Heineke scharf den Widerstand, den die Regierungen der Forderung der Bauarbeiter auf ausreichenden Bauarbeiterzuschuß entgegenstellen. Die Unfallverhütungsvorschriften der hannoverschen Bauergewerkschaft bezeichnete er nicht als ausreichend. Auch tadelte er die reaktionäre Einstellung der Genossenschaft, die sich nicht geöffnet habe, Arbeiter, die für Arbeiterzuschuß eintreten und Material für eine Enquete sammeln, bei den Unternehmern zu denunzieren. Die Zahl der Unfälle im Bezirk der hannoverschen Genossenschaft habe im Jahre 1907 3082 betragen, wovon 701 schwere und 91 tödliche waren. In zehn Jahren waren 27 840 Unfälle zu verzeichnen, darunter 6376 schwere und 727 tödliche. In einem Bericht der Berufsgenossenschaft vom 27. 2. 1909 über die Verhältnisse der Unternehmer gegen die Schutzvorschriften der Unternehmer vorgezeichnet, wobei besonders hervorgehoben wurde, diese Anzeigen seien nachgeahmt der Arbeiter. An Stelle der sechs technischen Aufsichtsbekanntnisse müßten deren 16 sein, wenn die Bauten einigermaßen betriebend kontrolliert werden sollten. Eine einmalige Kontrolle im Jahre habe keinen Wert und auch durch die Bestrafungen der Unternehmer, die in 1886 Fällen von 1 bis 160 betrug, sei wenig getan, weil diese geringen Strafen von den Unternehmern viel lieber getragen würden, als die Kosten für einen ausreichenden Bauarbeiterzuschuß. Als Ursachen der Erkrankungen und Unfälle bezeichnete Redner: mangelhafte Schutzvorrichtungen, zu schnelle Bauweise und Ueberlastung bei der Arbeit, größere Anwendung von Maschinen, Ueberforderung der Arbeitskraft, niedrige Löhne bei zu langer Arbeitszeit, schlechte Ernährung der Arbeiter, geistige Rückständigkeit der

Arbeiter, Disposition zu Unfällen durch den Einfluß der Berufs- und anderer Krankheiten auf den Körper und die Fähigkeit der Arbeiter und ungenügende beschränkte Ueberwachung der Betriebe. Es müßten tüchtige, gewissenhafte Kontrollreure aus den Reihen der Bauarbeiter herangezogen werden. Wenn die preussische Regierung sich gegen die Demokratisierung der Verwaltung sträube, so müßte die Organisation mit ihrer ganzen Macht einengen und sich in mutig aufgenommenen Kämpfen äußern.

In einem weiteren Vortrag über „Der Bauarbeiterzuschuß der Gegenwart und Beratung weiterer Maßnahmen“ brachte Kollege Meißner die schwere Mißstände auf den Baustellen zur Sprache. Die Kontrollreure der Berufsgenossenschaft wüßten nicht, wie es auf den Baustellen aussehe. Ihre Kontrollbesuche seien zu groß. Im eine gründliche Kontrolle vornehmen zu können, sei bei großen Bauten mindestens eine Zeit von ein bis zwei Stunden erforderlich. Die Kontrollreure aber kämen, sprächen mit den Unternehmern, verbrühten wohl gar die Lohnbücher und gingen wieder. Auf dem Baude herrschte unter den Bauarbeitern auch die Meinung, die Unternehmer wüßten vorher, wann der Kontrollreure komme; denn die Unternehmer sagten dann: „Leute, macht alles in Eub, morgen wird hier kontrolliert.“ Die Gerüste auf dem Baude seien standlos und selbst in Hannover herrschten auf den Baustellen ungläublicher Schmutz und Unrat. Die hiesigen Baubauten fehlten Fußböden, Wände, Fenster, Türen, Verbandsplanken usw. Die sanitären Zustände der Aborte spotteten oft jeder Beschreibung. Von alledem läßen aber anscheinend die mit der Kontrolle beauftragten Polizeibeamten nichts, was nicht verwunderlich sei, da diese Leute meist nie dem Baufeld angehöht, sondern zwölf Jahre beim Militär gedient und dann einen kurzen Kursus durchgemacht hätten, worauf man dann glaube, daß sie zur Ausübung ihrer neuen Berufes die Befähigung erlangt hätten. Der Redner kritisierte weiter die Praxis der Berufsgenossenschaft bei der Rentensetzung, die schon manchen Proletarier zur Verzweiflung getrieben habe. Redner legte eine Resolution vor, in der es heißt:

„Die Kontrolle... erklärt die gegenwärtigen Unfallverhütungsvorschriften nicht für geeignet, Leben und Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter in hinreichendem Maße zu sichern. Ganz besonders ist zu bemängeln, daß bei Ausführung von Bauten, die über die Hand gemauert werden, gegen die Gefahr des Herabfallens nicht genügend Sicherheit bietende Vorschriften über die Schutzgerüste vorhanden sind. Gerade dadurch sind in letzter Zeit verschiedene Unglücksfälle entstanden, die zum Teil tödlichen Ausgang gehabt haben. Die Kontrolle der Bauten durch die Beamten der Berufsgenossenschaft ist völlig ungenügend, da diese wenigen Beamten auch noch die Kontrolle über die Lohnbücher zur Vertragsleistung der Genossenschaft auszuführen haben. Die Polizeiverordnungen in den einzelnen Regierungsbereichen entsprechen nicht im entferntesten den zu stellenden Ansprüchen. Die Dichtung der Winterbauten gegen Witterungseinflüsse ist für einen zu beschränkten Zeitraum bemessen; abgesehen davon, daß in vielen Fällen eine Dichtung überhaupt nicht stattfindet. Die in diesem Sommer ausgewonnenen Statistiken geben den eklamantesten Beweis, daß die Durchführung der Schutzbestimmungen äußerst lax ist und von den Behörden nicht genügend überwacht wird. Der Schutz gegen Unfälle und sonstige Gesundheitsgefahren bei den Baubetriebstätigkeiten ist landesgesetzlich durch Normalvorschriften einheitlich zu bestimmen, wobei die Vorschläge der Arbeiter zur Geltung kommen müssen. Für den Umfang des Staatsgebietes ist beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Zentralbehörde für Beaufsichtigung von Bauausführungen zu errichten, die alljährlich über ihre Tätigkeiten einen Bericht zu veröffentlichen hat. Die Baukontrollreure müssen von den Arbeitern gewählt und dem Arbeiterstande entnommen werden. Am auch den Anordnungen dieser Beamten mehr Nachdruck zu verleihen, muß ihnen Erziebungsmittel eingeräumt werden. Des weiteren fordert die Konferenz, in den Lehrplan der Fortbildungsschulen die Fächer Gewerbehygiene und Arbeiterschutz einzuführen.“

In einer von den Malern eingebrachten Resolution wird ein reichsgesetzliches Verbot aller bleibaltigen Farben verlangt, da die am 27. Juni 1905 erlassenen Bundesratsbestimmungen nicht geeignet seien, die Gefahren der Bleivergiftung zu verhindern. In einer weiteren Resolution der Maler werden Vorschläge über die sachmännische Herstellung und Beschaffenheit des Werkmaterials für Maler, ferner genügende Unterkunftsräume bei allen Neu- und größeren Umbauten gefordert. Außerdem sollen alle Innenaarbeiter vom 1. Oktober bis 30. April gegen Zugluft geschützt werden. Die örtliche Bauarbeiterzuschußkommission beantragte, in Zukunft nach Bedarf für den gesamten Bereich der Berufsgenossenschaft gemeinsame Konferenzen abzuhalten, es aber den einzelnen Landesstellen zu überlassen, ihrerseits noch besondere Bezirkskonferenzen abzuhalten. Ein Antrag Lange-Wilmschaben verlangt die Ausdehnung der Baupolizeiverordnungen auf Staatsbauten. Nach eingehender Diskussion, wobei die Ausführungen der Referenten noch ergänzt wurden, wurden alle vorgelegten Resolutionen angenommen.

Baukontrolle auf Staatsbauten. Bekanntlich hat das bayrische Verkehrsministerium angeordnet, daß in den Städten, die Bauaufsichters aus dem Arbeiterstande angestellt haben, auch die Bauten der Verkehrsverwaltung der Kontrolle unterstellt werden sollen. Auf die Anfrage der Verkehrsverwaltung hat der Stadtmagistrat Nürnberg erklärt, er sei damit einverstanden, daß die Bauaufsicht der Gemeinde die städtischen Bauten beaufsichtigen, soweit ihre sonstigen Obliegenheiten dies zulassen. Die Nachschau soll wöchentlich zwei- oder dreimal erfolgen, sich jedoch auf den Vollzug der Arbeiterzuschußbestimmungen beschränken. Bei Bauten, die bis zu 150 000 herangeführt sind, werden 1.50, bei den übrigen 1.8 für jeden Kontrollgang berechnet.

Submissionen. Bei der Vergebung von Arbeiten für die Wasserleitung der Stadt Nürnberg (Nannal Nürnberg) kamen wieder nette Angebote zusammen. Für alle zur Vergebung stehenden Lose betrug das niedrigste Angebot 1.897 000, das höchste 1.700 000, der Vorkauf der Stadtbauleitung nannte 1.089 000. Neuerste

Firma war Niedermeyer & Söhne-Stettin, billigste Holzmann & Co.-München. Die letztere bekam für drei Lose den Zuschlag; für das vierte Los, bei dem sie mit 1.169 000 ebenfalls Mindestfordernde war (Vorkauf 1.256 000) gab man den Zuschlag einem auf 1.205 000 lautenden Gebot. Das Ergebnis ist: Die Stadt rechnete mit einer Aufwendung von 1.089 000, sie bekommt jetzt die Arbeit für 1.996 000, und sie hätte sie noch um 1.99 000 billiger haben können, wenn sie die ganze Arbeit der Firma Holzmann & Co. übertragen hätte.

Wohnungsamt in Charlottenburg. Die Schaffung eines Wohnungsamtes wird in Charlottenburg zum 1. April 1910 beabsichtigt. Das neue Amt soll seine Tätigkeit erstrecken auf Wohnungsinspektion, Wohnungsnaheis, Wohnungskontrollen, Schlafstellenwesen, Unterhaltung und Begünstigung des Baues vorbildlicher Kleinwohnungen und guter Ledigenheime. Der regelmäßigen Aufsicht sollen die Wohnungen bis zu drei Zimmern unterworfen werden, von den größeren Wohnungen nur die Dienstbotenzimmer und diejenigen Wohnungen, in denen Schlafgänger aufgenommen werden. Als Ergänzung der Inspektion soll ein Wohnungsmedizinalbeamter geschaffen werden. Bei diesem Amt sollen alle frei werdenden Wohnungen in der Größe bis zu drei Zimmern angemeldet werden und die Stadt wird für diese einen kostenlosen Naheis errichten. Dieses Institut soll der Stadt einen Ueberblick über den Wohnungsmarkt gewähren und ihr ferner die Möglichkeit geben, wenn sie etwa an einer Stelle die Räumung oder schwächere Besehung einer Wohnung veranlassen muß, den dort wohnenden auch gleich anderweitige Wohnmöglichkeit nachweisen zu können. Gegenwärtig ist die Stadt dabei, mit der Polizei „Grundstücke“ hinsichtlich der hygienischen Mindestforderungen und der Belegungsnummer zu vereinbaren. Es würde dies dann das erste Wohnungsamt in Groß-Berlin sein.

Gewerkschaftliches.

Der Zimmererverband beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, für welche als einziger Punkt der Tagesordnung in Vorschlag gebracht wird: „Stellungnahme zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen.“ Ort und Zeit der Tagung werden erst später bekanntgegeben.

Passiver Widerstand und Tarifvertrag. Der Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter und die Unternehmerorganisation im Buchdruckgewerbe hielten kürzlich eine gemeinsame Konferenz ab, die die Frage erörterte, ob sich der passive Widerstand mit dem Vertragswesen vereinbaren lasse oder nicht. Von Unternehmerteile wurde nämlich beschworen geführt, der Verband der Buchdruckerhilfsarbeiter dulde es, daß sich seine Mitglieder durch Maßnahmen, die unter dem Begriff des passiven Widerstandes fallen, höhere als die Vertragslöhne erzwingen. Die Konferenz schloß folgenden Beschluß: „Die Leistung passiven Widerstandes steht mit den Grundfäden des Tarifs ebenso in Widerspruch, wie eine gemeinsame Arbeits-einstellung, und wird ebenso wie eine solche als Tarifbruch erklärt.“

Diese Entscheidung hat auch als moralisches Werturteil nur begrenzte Geltung. Sie ist dort am Platze, wo beide Teile des Vertragsverhältnisses durch Treue und Redlichkeit stützen, wo die Gleichberechtigung des andern Teils gegenseitig vorbehaltlos anerkannt wird. Wo das nicht zutrifft, wo vielmehr dem Vertragswesen die Absicht der Vergewaltigung zugrunde liegt, da wächst der passive Widerstand von selbst empor und da ist er auch berechtigt als Reageng auf die Vergewaltigungsbestrebungen, die ihrerseits eigentlich auch nur eine besondere Form des passiven Widerstandes sind. Am ein nachteiliges Beispiel anzuführen: Ein Tarifvertrag sieht Stahllöhne von 50 bis 60 % vor. Angenommen, ein Unternehmer zähle nun beharrlich nur 50 %. Er benutzt da den Spielraum, den der Vertrag für die Entlohnung läßt, zu einer bössartigen Interessenspolitik, die dem Geiste des Vertrages stracks zuwiderläuft, aber nach dem Wortlaute kein fahbares Vertragsbruch ist. In diesem Falle ist der passive Widerstand moralisch berechtigt, solange er sich in Formen äußert, die die Vertragsbestimmungen nicht durchbrechen. Eine Arbeiterschaft, die unter solchen Umständen darauf verzichtete, nähme gewissermaßen eine Selbstentmannung vor.

Soziales.

Zum Tarifrecht. Zur Frage einer gezielten Regelung der Tarifverträge, die wiederum durch einen Antrag im Reichstage angeregt ist, geht eine offiziöse Mitteilung durch die Presse: „Der im vorigen Jahre im Reichstage dargelegte Standpunkt der maßgebenden Stellen ging in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der Arbeitgeber und auch der Arbeiterorganisationen dahin, daß der gegenwärtige Zeitpunkt so keineswegs geeignet sei, in die augenblicklich so erregte Entwicklung der Tarifverträge mit gesetzgeberischen Maßnahmen einzugreifen. Bei einer solchen könnte es sich naturgemäß überhaupt nicht um eine öffentlich rechtliche, sondern nur um eine zivilrechtliche Regelung handeln, indem den Vereinbarungen der Tarifverträge ein lagbares Recht verliehen wird. Dem stand bekanntlich bisher eine Bestimmung der Gewerbeordnung entgegen, deren Auslegung zu zwei entgegengesetzten Erkenntnissen des Reichsgerichts geführt hat. Es ist nun nicht zu verkennen, daß, wenn aus den Tarifverträgen ein lagbares Recht hergeleitet werden soll, diese nach Inhalt und Umfang eine Begrenzung erfahren müßten, die in die gegenwärtige durchaus gesunde Entwicklung eine Störung hineinbringen würde. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß zurzeit etwa 8000 Tarifverträge in Deutschland in Geltung sind, und daß man bereits in einer ganzen Reihe von Gewerben von Orts- und Bezirksarbeitsverträgen schon zu nationaler Regelung übergegangen ist, wie sie früher nur das graphische Gewerbe kannte, so kommt doch darin

